

S C H L U S S B E R I C H T :

ASIENREISE VON STAATSEKRETAER BRUNNER - 27.4. - 16.5.1985

28. - 30.4.	INDONESIEN	7. - 11.5.	JAPAN
30.4. - 1.5.	SINGAPUR	11. - 15.5.	CHINA
1. - 7.5.	REPUBLIK KOREA	15.5.	HONG KONG

I. A L L G E M E I N E U E B E R L E G U N G E N Z U R R E I S E

1. Die asiatisch-pazifische Region hat in den letzten 10 Jahren eine wirtschaftliche Dynamik entfaltet, die die Weltwirtschaft strukturell verändert hat: Die Produktion und insbesondere die Handelsströme haben mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten die Region zu einem neuen Schwerpunkt der Weltwirtschaft gemacht. Zusammen mit der Perspektive einer wirtschaftlichen Oeffnung Chinas hat diese Entwicklung dazu geführt, dass wir unser Weltbild in die asiatisch/pazifische Dimension ausdehnen, sowie der Zweite Weltkrieg das eurozentrische Selbstverständnis um die atlantische Dimension erweitert hat.

2. Auf der weltpolitischen Ebene zeichnet sich eine Tendenz von einer bipolaren zu einer multipolaren Machtkonstellation ab. Gleichzeitig wird durch die Konsolidierung der Ost-West-Abgrenzung in Europa der Ost-West-Konflikt vermehrt in den Spannungs- und Konfliktgebieten Asiens (Afghanistan, Kamputschea, Korea) ausgetragen; die fortschreitende politische und wirtschaftliche Destabilisierung der Philippinen könnte sich unter diesem Gesichtspunkt zu einem neuen Krisenherd entwickeln. Auch dadurch verdient die Region die wachsende Aufmerksamkeit unserer Aussenpolitik.

3. Angesichts dieser Ueberlegungen bestand das primäre Ziel der Reise von Staatssekretär Brunner darin, gegenüber den Regierungen der besuchten Länder den Willen zum Ausdruck zu bringen, die guten Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich um den Dialog auf der politischen Ebene zu erweitern. Mit dieser Reise hat zum ersten Mal ein hoher Vertreter des Departements (mit Ausnahme der Chinareise von BR Graber 1974) die Region besucht. Die Aufnahme und Intensivierung des politischen Dialogs erleichtert es, unsern Standpunkt als europäisches Nicht-EG-Land gegenüber Regierungen zu erläutern, die in der internationalen Politik eine wachsende Rolle spielen, und schafft gleichzeitig den Zugang zu besseren Informationen über die Entwicklung der Region.

4. Die zuvorkommende Gastfreundschaft und die Aeusserungen der Gesprächspartner haben gezeigt, dass die Schweiz insbesondere in China und der Republik Korea über einen sehr grossen Goodwill im Hinblick auf die Intensivierung der bilateralen Beziehungen verfügt. Auch in Jakarta, Singapur und Tokio wurde der Wunsch regelmässiger Kontakte ausdrücklich begrüsst. (Der japanische Botschafter hat am 29.5. BRE vorgeschlagen, dass mindestens einmal pro Jahr ein bilateraler Besuch stattfinden soll). Die Japanreise von BR Aubert steht für 1986 in Aussicht; Staatssekretär Brunner hat dem südkoreanischen Aussenminister und seinem chinesischen "homologue" eine Einladung übermittelt, (der Letztere kommt vom 12. - 14. August in die Schweiz).

5. Die Bereitschaft, bzw. der ausdrückliche Wunsch dieser Regierungen, den politischen Dialog und die Beziehungen mit der Schweiz zu intensivieren begründet sich einerseits - vor allem in China und der Republik Korea - in einer besonderen Haltung gegenüber unserem Land. Mehrmals wurde in den Gesprächen in Peking lobend auf unsere frühe Anerkennung der Volksrepublik und auf unsere konsequente Haltung gegenüber Taiwan (Verbot der Waffenexporte) hingewiesen. Unser hohes Ansehen in der Republik Korea verdanken wir sowohl unserer Rolle in der Neutralen Ueberwachungskommission in Panmunjom als auch vor allem der Bewunderung für die bewaffnete Neutralität. Ferner lässt sich mit Indonesien ein gemeinsamer Nenner in den N+N-Positionen gegenüber den Supermächten finden. * Andererseits geniessen wir als europäischer Gesprächspartner in einer Region, die im Spannungsfeld der Grossmächte USA, UdSSR, China und Japan liegt, eine besondere Aufmerksamkeit durch die Tatsache, dass Europa in dieser Region keine politischen Machtansprüche nachgesagt werden können und damit für eine nähere Zusammenarbeit willkommen ist.

6. Auf der Grundlage dieser Voraussetzungen hat in den besuchten Hauptstädten ein sehr offener und fruchtbarer Gedankenaustausch stattgefunden, der uns einerseits wertvolle Informationen über die Einschätzung regionaler und internationaler Probleme und die diesbezüglichen Standpunkte der einzelnen Regierungen verschafft hat. Andererseits konnte Staatssekretär Brunner eine Reihe bilateraler Anliegen vorbringen, den schweizerischen Standpunkt zu internationalen Fragen erklären und unsere Einschätzung der aktuellen Ost-West-Verhandlungen erläutern, die bei den Gesprächspartnern auf grosses Interesse stiess.

* Von besonderem Interesse ist Indonesien auch als der bevölkerungsreichste ASEAN-Staat.

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Gespräche in den einzelnen Ländern zusammengefasst. Sämtliche Informationen über Korea werden im Abschnitt über Korea (samt der Entwicklung des innerkoreanischen Dialogs seit unserer Rückkehr) und jene bezüglich Kamputschea/Vietnam in einem selbständigen Abschnitt aufgeführt. Ebenso werden anschliessend in einem weiteren Abschnitt die in den verschiedenen Hauptstädten unsererseits vorgebrachten Anliegen (Genfer Protokolle, UNESCO, Trustbanking in Japan etc.) separat erläutert. (Die folgenden Ausführungen sind in einzelnen Punkten - z.T. wörtlich - schon in den Wochentelexen 19/85, 20/85 und 21/85 wiedergegeben worden).

* * * * *

II. I N D O N E S I E N

Gesprächspartner:

- 29.4. 09.30-10.00 : SUDARMONO, Generalsekretär des Aussenministeriums.
- 29.4. 10.30-12.00 : NANA SUTRESNA SASTRADIDJAJA, Director General for Political Affairs, MAE.

1. Einweihung des neuen Kanzleigebäudes der Botschaft

Hauptzweck des Besuchs in Indonesien war die Einweihung des neuen Kanzleigebäudes. Der Feier wohnten etwa 500 Gäste, Vertreter der Regierung, der Schweizer Kolonie, der Presse und des Diplomatischen Corps bei. Das Gebäude wurde vom in Jakarta wohnhaften Schweizer Architekten Hassan R. Vogel mit einem Baukredit von Fr. 4,6 Mio. erstellt.

2. ASEAN

Die Organisation dient in erster Linie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit. Auch wenn gewisse Klauseln der ASEAN-Verfassung eine Zusammenarbeit auf politischem Gebiet nahelegen, soll sich diese weiterhin auf gemeinsame Stellungnahmen (wie z.B. die Forderung eines Rückzugs Vietnams aus Kamputschea in der Bangkok-Erklärung von 1979) beschränken, ohne institutionalisiert zu werden. Die Beschlüsse werden einstimmig gefasst. Der Kreis der Mitglieder wird nicht erweitert; dem Aufnahmewunsch Sri Lankas wird nicht entsprochen. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit dem pazifischen Raum sollen hingegen intensiviert werden.

3. Das 30-jährige Jubiläum der Bandungkonferenz

Das Jubiläum der afro-asiatischen Konferenz von 1955, (Vorläufer der Gründungskonferenz der Blockfreien-Bewegung in Belgrad 1961) wurde am 24./25.4. mit einer Konferenz gefeiert, deren Schlusskommuniqué die Prinzipien der Blockfreien-Bewegung hervorhob, ohne sich zu den strittigen Problemen in Asien zu äussern. (Das Dokument enthält jedoch eine Stellungnahme zu Namibia und gegen die Apartheid, eine Stellungnahme für die PLO und die Forderung des Rückzugs Israels hinter die Grenzen von 1967 sowie ein Plädoyer für die "Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung").

An der Konferenz haben sich die früheren portugiesischen Kolonien, insbesondere Angola, sehr gemässigt über die afrikanischen Probleme und über Ost-Timor geäußert. Dies wirft ein positives Licht auf die Konferenz in Luanda, wo Indonesien gegen allfällige Angriffe in der Ost-Timor-Frage eine sehr harte Position einnehmen wird.

4. Die Beziehungen mit China

Die Aussenminister beider Länder sind in Bandung übereingekommen, dass zwischen dem chinesischen "Committee for the Promotion of International Trade" und der indonesischen Handels- und Industriekammer ein Memorandum für die Aufnahme direkter Handelsbeziehungen unterzeichnet wird. Indonesien ist gegenüber Beijing jedoch sehr zurückhaltend und wünscht, das Memorandum in einem Drittland zu signieren, damit es nicht als ersten Schritt zur Offizialisierung der Beziehungen gedeutet werden kann. Diese Beziehungen bleiben seit den Ereignissen von 1965 und zusätzlich durch das Misstrauen Jakartas gegenüber der chinesischen Minderheit im eigenen Land (3-6 Mio.) belastet. Für Jakarta sind weitere Kontakte lediglich im Kultur- und Sportbereich möglich.

Nach den Informationen unserer Gesprächspartner in Beijing, sieht China in der Aufnahme direkter Handelsbeziehungen den ersten Schritt für eine Normalisierung der Beziehungen. Beijing hat sein Interesse daran klar zum Ausdruck gebracht; die weitere Entwicklung hänge von Jakarta ab. Der indonesische Vorwurf einer chinesischen Beteiligung an den Ereignissen von 1965 beruhe jedoch auf einem "Missverständnis". (Soeharto verlangt offensichtlich eine Entschuldigung für die chinesische Unterstützung der KPI während des versuchten Staatsstreichs vom 30.9.1965). In Beijing wird eine Meinungsverschiedenheit der militärischen und zivilen Stellen in Jakarta bezüglich der Frage der Beziehungen zu China vermutet.

III. S I N G A P U R

Der Besuch war in erster Linie als Zwischenlandung auf dem Weg nach Seoul geplant, trotzdem erlaubte ein Abendessen in der Residenz des Geschäftsträgers einen fruchtbaren Meinungsaustausch mit Vertretern der Regierung, die den Wunsch der Aufnahme eines politischen Dialogs ausdrücklich begrüßten: CHIA Cheon Fook hat Staatssekretär Brunner dafür zu einem Besuch nach Singapur eingeladen.

Teilnehmer am Abendessen (30.4.)

- CHIA Cheong Fook, 1st Permanent Secretary, (No. 2 im Aussenministerium)
- TAN Soo Khoon, Deputy Speaker of Parliament
- TAN Keng Jin, Director General ASEAN Division, MAE (früherer Botschafter in Genf und Protokollchef)
- GOH Dee Song, Chariman der Rotkreuzgesellschaft von Singapur.

Singapur hat vor allem durch das staatlich verordnete Zwangssparen (hohe obligatorische Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für einen staatlichen Investitionsfonds, aus dem u.a. der Einzelne seine Eigentumswohnung finanzieren kann) einen Wohlstand erreicht (Pro-Kopf-Einkommen 6'500 \$), der dem Besucher den Eindruck einer westlichen/amerikanischen Metropole vermittelt. Durch das enorme wirtschaftliche Wachstum (das z.Zt. jedoch von der Ueberkapazität im Bausektor und durch den hohen \$-Kurs gefährdet ist) hebt sich Singapur von seinen ASEAN-Partnern ab und verfolgt aufgrund seiner spezifischen Interessen eines weltmarktorientierten Stadtstaates eine weniger blockfreie und dafür umso prowestlichere Aussenpolitik. Das weiterhin ungetrübte Verhältnis zur früheren Kolonialmacht England dient auch der Abgrenzung gegenüber dem Nachbarn Malaysia.

IV. R E P U B L I K K O R E A

Gesprächspartner (und Vorträge von BRE):

- 4.5. 09.40-10.00 : LHO Shin-Yong, Premierminister
- 2.5. 09.45-10.05 : LEE Won Kyung, Aussenminister
- 2.5. 10.15-11.15 : LEE Sang-Ock, Vizeausenminister
("homologue" von BRE)
- 3.5. 10.00-10.30 : YOO Chang-soon, Präsident der Nationalen Rotkreuz-Gesellschaft

- 2.5. 12.30-16.00 : CHUNG Il-yong, Präsident der Kookmin-Universität (Vortrag BRES über die Richtlinien der schweizerischen Aussenpolitik)
- 3.5. 17.15-17.50 : SAKONG Il, Senior Adviser to the President for Economic Affairs
- 2.5. 11.25-12.00 : KIM Ki-hwan, Secretary General of the International Economic Policy Council
- 2.5. 16.30-17.30 : CHO Sang-ho, Secretary General of the Seoul Olympic Organizing Committee
- 3.5. 15.00-16.00 : OH Jay-hee, Dean of the Foreign Affairs & National Security Institute (Vortrag BRES über den schweizerischen Standpunkt in der europäischen Sicherheitspolitik)

1. Allgemein

Die Hauptstadt vermittelt den Eindruck einer ausserordentlich dynamischen Wirtschaft, deren sichtbare Erfolge über die Tatsache hinwegtäuschen, dass das Prokopfeinkommen immer noch unter einem Viertel des japanischen Vergleichswertes liegt (\$ 2,000 gegenüber 9'000 \$). Trotzdem fehlen die in den Metropolen der Entwicklungsländer augenscheinlichen Phänomene von Arbeitslosigkeit und Elend.

Nebst dem permanenten Thema der Wiedervereinigung kam in den Gesprächen vor allem die Entschlossenheit der Regierung zum Ausdruck, das Land in einen starken Industriestaat zu verwandeln, der durch eigene Kräfte seine politische und militärische Unabhängigkeit garantieren kann. Der Rückzug der USA aus Vietnam und dem Libanon haben der Vertrauenswürdigkeit des amerikanischen Engagements geschadet. (Der Beitrag der US-Armee an der Verteidigungskapazität des Landes wird mit ca. 20% angegeben). Zahlreiche internationale Kongresse und Veranstaltungen stärken sowohl das nationale Selbstvertrauen als auch das internationale Ansehen des Landes: Im Herbst 1985 folgt die IMF-Konferenz; die Vorbereitungen für die Asiatischen Spiele 1986 und die Olympiade 1988 haben den Terminplan überholt.

Das grosse Interesse der Koreaner am Besuch von Sts. Brunner zeigte sich sowohl im Niveau der Gesprächspartner (Ministerpräsident und Aussenminister) als auch im Echo in den Medien (ca. 30 teilweise ausführliche Zeitungsartikel mit u.a. dem vollen Text des Vortrags vor der Kookmin-Universität - der Text wird in der nächsten EDA-Agenda abgedruckt). Sowohl wegen der wachsenden Selbstbehauptung gegenüber den USA, dem kolonialhistorisch bedingten Ressentiment gegen Japan und dem daraus resultierenden Interesse an der Zusammenarbeit mit Europa als auch aufgrund des hohen Ansehens der Schweiz bieten sich für unser Land die besten Chancen, als wichtiger Partner die Beziehungen zur Republik Korea auf verschiedenen Ebenen auszubauen.

2. Die Beziehungen zwischen Seoul und Pjöngjang

Die innerkoreanische Entspannung hat in den letzten Monaten im Vergleich zur Entwicklung der zehn Jahre zuvor grosse Fortschritte erreicht. Auf verschiedenen Ebenen haben Kontakte stattgefunden (Rotkreuz, Wirtschaft, Sport, Kontakte zwischen den Delegationen beider Landesteile an internationalen Konferenzen), die zwar für die absehbare Zukunft eine Wiedervereinigung noch nicht in den Bereich des Möglichen rücken, die jedoch - wenn sie erfolgreich fortgesetzt werden - zu einer gegenseitigen Entkrampfung und Vertrauensbildung führen können.

Vorderhand ist das Verhältnis jedoch noch von grossem Misstrauen auf der politischen Ebene und einer - beim Besuch in Panmunjom spürbar erlebten - gefährlichen Spannung an der Waffenstillstandslinie geprägt. Seoul wirft Pjöngjang vor, der Gewalt als Mittel zur Wiedervereinigung noch nicht abgeschworen zu haben und vermutet in den nordkoreanischen Vorschlägen taktische Manöver.

(Das Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea lässt sich aufgrund der kulturellen und historisch bis auf die letzten 35 Jahre ununterbrochenen Einheit des Landes, der Homogenität der Bevölkerung und der totalen Kontaktsperre zwischen der Bevölkerung in beiden Landesteilen nicht mit dem innerdeutschen Verhältnis vergleichen).

Die einzelnen Kontaktebenen:

- Die Wirtschaftsgespräche sind am 17. Mai in Panmunjom wieder aufgenommen, doch ohne handfeste Ergebnisse auf den 20. Juni vertagt worden.
- Etwas optimistischer werden die Resultate der Rotkreuz-Gespräche, die am 28./29.4. in Seoul stattgefunden haben, eingeschätzt, auch wenn dabei nur eine "prinzipielle" Einigung über die herzustellenden Kontakte zwischen den ca. 10 Mio. Mitgliedern getrennter Familien und den Austausch von Volkskunstgruppen zur Feier des 40. Jahrestages der Befreiung Koreas am kommenden 15. August erzielt worden ist. Die Gespräche werden am 27. August in Pjöngjang fortgesetzt, nachdem am 15.7. ein Treffen auf Kommissionsstufe stattfinden wird.
- Die Initiativen Seouls zur Bildung gemeinsamer Sportteams für die Asiatischen und Olympischen Spiele sind von Pjöngjang noch nicht beantwortet worden. Samaranch (IOC) hat die Delegationen beider Landesteile für den kommenden Oktober zu Gesprächen nach Lausanne eingeladen.
- Dem Vorschlag Pjöngjangs für die Durchführung gemeinsamer Parlamentssitzungen hat das Parlament in Seoul am 1. Juni zugestimmt und seinerseits vorgeschlagen, dass sich fünf Parlamentsmitglieder beider Seiten im Juli in Panmunjom zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzungen treffen sollen.

Positiv auf die weitere Annäherung könnte sich die wachsende wirtschaftliche Diskrepanz (der Süden verfügt über ein doppelt so hohes Prokopfeinkommen und damit aufgrund der weit grösseren Bevölkerung über ein mehr als viermal grösseres Wirtschaftspotential) insofern auswirken, als der Norden mit den Verteidigungsanstrengungen (von ca. 25% des BSP im Vergleich zu 6% im Süden) nicht mehr Schritt zu halten vermag, und deswegen eine Entspannung suchen könnte. Die Wirtschaft Nordkoreas leidet nicht nur unter dem hohen Rüstungsaufwand, sondern auch unter den tiefen Weltmarktpreisen seiner Exportgüter und der Ineffizienz seiner wirtschaftlichen Autarkie; der Norden ist zunehmend auf ausländische Technologie angewiesen und seine Wirtschaft würde sich strukturell gut mit der südlichen ergänzen. Gleichzeitig verschärft jedoch das Wirtschaftswachstum im Süden das grosse Hindernis, dass die Bewusstwerdung über den Wohlstandsunterschied nach einer Oeffnung von der - bisher vollkommen isolierten - nördlichen Bevölkerung ideologisch kaum verkraftet werden könnte.

In Jakarta werden die Chancen einer innerkoreanischen Annäherung pessimistischer eingeschätzt als in Tokio. Beijing ist an der Entspannung in seinem Nachbarland sehr interessiert und übt auf Pjôngjang einen mässigenden Einfluss aus, widersetzt sich jedoch dem getrennten Beitritt beider Landesteile in die UNO und unterstützt weiterhin den nordkoreanischen Vorschlag der Dreiergespräche (N-Korea, S-Korea, USA) und jenen der Wiedervereinigung zu einem Bundesstaat. (Dieser Bundesstaat sollte den Namen "Koryo" tragen, der Dynastie, unter der das Land vom 10. - 14. Jahrhundert eine grosse kulturelle Blüte erlebte).

3. Asian Games 1986 / Olympiade 1988

Die erste Veranstaltung dient nicht nur als organisatorische Probe für die zweite, sondern könnte gleichzeitig das internationale Ansehen Seouls für die Teilnahme der sozialistischen Staaten an der Olympiade stärken. China hat für die Teilnahme 1986 eine fast sichere Zusage gegeben und jene für 1988 in Aussicht gestellt. Die positiven Hinweise für eine sowjetische Teilnahme an der Olympiade - Gastspiel einer sowjetischen Eiskunstlaufgruppe in Seoul - sind Ende Mai durch eine sowjetische Stellungnahme (Auskunft der südkoreanischen Botschaft in Bern) bekräftigt worden. Pjôngjang versucht, seine beiden Schutzmächte von der Teilnahme abzuhalten und wird möglicherweise selbst bei einer Teilnahme der sozialistischen Staaten keine Sportler nach Seoul entsenden. Seoul befürchtet, dass von Nordkorea vor oder während der Spiele Zwischenfälle provoziert werden. - Der Entscheid über einen Auftrag an die Swiss Timing steht nächstens bevor.

4. Wirtschaft

Trotz der Schwierigkeiten in der ersten Jahreshälfte wird für 1985 mit einer Wachstumsrate von 7,5% gerechnet, die das Wachstum der früheren Jahre fortsetzt. Auch hinsichtlich der Geldwertstabilität (Inflationsrate 3%) wurden Erfolge erzielt, doch stellt sich das Problem, dass durch die Rationalisierung und Liberalisierung des Bankensektors das innere Sparvolumen ausgedehnt werden muss, um die hohe äussere Verschuldung (45 Mrd. US\$, 16% Debt Servicing Ratio) zu entlasten. Gegen die Absicht der Regierung, die Importe weiter zu liberalisieren, könnte sich der Widerstand gewisser Wirtschaftskreise mit der Opposition im Parlament verbinden und selbst bei gewissen Verwaltungsstellen Unterstützung finden.

5. Beziehungen zu China und dem Ostblock

Die kooperative Haltung Seouls in zwei Zwischenfällen (Entführung eines chinesischen Zivilflugzeuges (Mai 1983) und Meuterei auf einem chinesischen Torpedoboot, das im März 1985 in südkoreanische Gewässer gelangt ist) haben zur Verbesserung der inoffiziellen Beziehungen mit Beijing beigetragen, denen Seoul grosse Wichtigkeit beimisst. Der Handel wird - aufgrund der Rücksicht Beijings auf Pjöngjang - über Drittstaaten abgewickelt. Beijing hat sich für die Aufnahme von Familienkontakten mit den 2 Mio. in China lebenden Koreanern Verhandlungsbereitschaft bekundet.

Im Verhältnis zur Sowjetunion wurden seit dem Abschluss des koreanischen Zivilflugzeuges (September 1983) nur geringe Fortschritte erzielt. Die Kontakte mit den von den Japanern seinerzeit als Arbeitskräfte nach Sachalin gebrachten Koreanern bzw. deren Rückkehr sind für Monskau kein Gesprächsthema. Die allfällige Teilnahme der UdSSR an der Olympiade 1988 wird über die weitere Entwicklung der Beziehungen Aufschluss geben. - Unter den Ostblockstaaten unterhält Ungarn die besten - inoffiziellen - Beziehungen mit der Republik Korea.

6. Die schweizerische Mission in Panmunjom (P.)

Am 6.5. hat Sts. Brunner einen sehr eindrücklichen Besuch in P. bei der schweizerischen Delegation in der Neutralen Ueberwachungskommission abgestattet und ist dabei auch mit den Mitgliedern der drei andern in der Kommission vertretenen Nationen (Schweden, Polen und Tschechoslovakei) zusammengetroffen. Der Besuch hat die grosse Bedeutung der Kommission und damit unserer z.Zt. einzigen aktiven Friedensmission im Ausland für die Erhaltung sowohl des Waffenstillstandes als auch des einzigen Kontaktpunktes zwischen Nord und Süd in Erinnerung gerufen. Die Aufgabe der Kommission hat sich seit der durch ihre Vermittlung zustandegekommenen Rückgabe des US-U-Bootes "Pueblo" 1968 zunehmend von einer militärischen zu einer diplomatischen Mission entwickelt, der durch die Aufnahme des Nord-Süd-Dialogs in den letzten Monaten eine wachsende Bedeutung zukommt. (So wurde z.B. die nordkoreanische Initiative zur Durchführung gemeinsamer Parlamentsgespräche von Generalmajor Jordan nach Seoul

übermittelt). Im Hinblick auf diese Aufgaben könnte sich die Frage der Vergrößerung der Delegation stellen, sofern diese von den Konfliktparteien gewünscht wird. Die entscheidende Rolle, die die schweizerische Delegation bei der Unterbindung der Schiesserei im vergangenen November gespielt hat, hat das Ansehen und die Moral der Delegation sehr gestärkt. Sts. Brunner hat gegenüber der Regierung in Seoul die Bereitschaft der Schweiz bekräftigt, am Engagement in der Kommission festzuhalten.

V. J A P A N

Gesprächspartner:

- 8.5. 11.00-11.30 : Kensuke YANAGIYA, Vizeausserminister
- 9.5. 11.30-14.00 : Shinichiro ASAO, Stellvertretender Aussenminister ("homologue" von Sts. Brunner)
- 9.5. 19.00-19.20 : Tomomitsu OBA, Vice-Minister of Finance for International Affairs, Ministry of Finance
-
- 8.5. 16.45-17.15 : Reiichi TAKEUCHI, Minister of State for Science and Technology
- 8.5. 11.30-12.30 : Takehiko NISHIYAMA, Director General for the European and Oceanic Affairs Bureau
- 8.5. 15.00-15.45 : Koji WATANABE, Director-General of the Information Analysis Research and Planning Bureau
- 8.5. 15.45-16.30 : Wasuke MIYAKE, Director-General of the Middle Eastern and African Affairs Bureau
- 9.5. 10.45-11.30 : Chusei YAMADA; Director-General of the United Nations Bureau
- 9.5. 10.00-10.45 : Toshio GOTO, Director-General of the Asian Affairs Bureau
- 10.5. (in Tsukuba): Katsuichi IKAWA; Botschafter, Commissioner General of Exposition.

1. Allgemein

In den Grundlinien seiner Aussenpolitik folgt Japan weitgehend westlichen Positionen, die sich auf den Stolz der Japaner abstützen, dass sie in den Kreis der westlichen Grossmächte aufgenommen worden

sind. Schwierigkeiten bereitet ihnen ihr wirtschaftlicher Erfolg, der sie mit den wirtschaftspolitischen Forderungen der Amerikaner und Europäer konfrontiert. Gegen den Wunsch der USA nach einer verstärkten verteidigungspolitischen Verantwortung verbindet sich die innen- und wirtschaftspolitisch begründete Zurückhaltung mit dem Misstrauen in der Region gegenüber einer japanischen Wiederaufrüstung. Doch wird sich weisen, wie lange der japanische Nationalismus mit dem Zwiespalt der wirtschaftlichen Grossmachtstellung und der Abhängigkeit vom amerikanischen Verteidigungsschirm zurechtkommt. Langfristig bieten auch die beiden andern Grossmächte China und - was z.Zt. zwar wieder unwahrscheinlicher geworden ist - die Sowjetunion für Japan angesichts seiner im Nationalismus tief verankerten Selbständigkeit Alternativen zur Allianz mit dem Westen.

2. Die japanische Einschätzung des Bonner Gipfels

Die politischen Fragen haben bei diesem Gipfel ein grösseres Gewicht als bei früheren Treffen erhalten. Der Gipfel wurde von den Auseinandersetzungen um den 40. Jahrestag des Kriegsendes überschattet. Mit dem ersten Entwurf der diesbezüglichen Stellungnahme der BRD - sie wurde von den Japanern als "Confession" bezeichnet - hätte sich BK Kohl blossgestellt, der Entwurf wurde deshalb abgeändert. (Japan, das lediglich "in den Krieg hineingezogen wurde", grenzt sich selbst in der Frage der Kriegsschuld deutlich von Deutschland ab, das den Krieg "organisiert" hat.) Zwei Probleme - die "New Round" der Handelsgespräche und die SDI - standen im Mittelpunkt der Diskussion und haben zu Meinungsverschiedenheiten geführt, in denen sich Frankreich gegen die übrigen Teilnehmer stellte und lediglich noch am Schluss teilweise von Italien unterstützt wurde. Man beschloss zwar, die "New Round" durchzuführen, ohne sich jedoch auf ein Datum einigen zu können. Die Japaner waren von der fehlenden Einstimmigkeit unter den Europäern überrascht und waren gleichzeitig erleichtert, dass sich damit keine Front gegen ihr Land bildete. - Insgesamt ist Japan befriedigt über das Resultat des Gipfels. Der nächste Gipfel wird zur gleichen Zeit 1986 in Tokio stattfinden.

3. Beziehungen zu China und der Sowjetunion

Japan misst den Beziehungen mit China grösste Bedeutung zu, sie waren in den letzten 30 - wenn nicht sogar 2000 - Jahren nie so gut wie heute und wurden von unseren Gesprächspartnern in Tokio als "Honeymoon" bezeichnet, während sie in den Gesprächen in Beijing überhaupt nicht erwähnt wurden. Japan ist sehr an der Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen in China interessiert, die ihren "point of no return" wahrscheinlich schon erreicht haben, oder in jedem Fall nahe daran sind, ihn zu erreichen.

Die Beziehungen zur Sowjetunion haben ihren Tiefpunkt zwar überwunden, doch ist noch unklar, ob die Besserung atmosphärisch oder substantiell ist. Moskau denkt in seiner Aussenpolitik in militärischen Kategorien und hat Japan deshalb lange unterschätzt. Aufgrund der Erschliessung anderer Rohstoffquellen ist Japan für die nächsten 10 - 20 Jahre weniger auf die Sowjetunion (Rohstoffe aus Sibirien) angewiesen, als es noch vor einigen Jahren den Anschein hatte. Trotzdem werden die Chancen, dass Gromyko seine Einladung nach Tokio im nächsten Jahr wahrnimmt, höher eingeschätzt als noch vor einem Jahr.

4. Der Mittlere Osten

Iran-Irak: Die jüngsten Kontakte der Japaner mit Teheran haben gezeigt, dass der Iran sich stärker von der internationalen Meinung beeinflussen lässt. Die faire Haltung des UN-Generalsekretärs sowie (bezüglich des Chemiewaffeneinsatzes) des Sicherheitsrates haben das Vertrauen Irans in die Internationalen Organisationen (damit auch in das IKRK) gestärkt. In Nuancen hat sich die iranische Position insofern geändert, als nicht mehr der Rücktritt Saddam Husseins, sondern die Garantie für die Einhaltung eines allfälligen Waffenstillstandsabkommens das zentrale iranische Anliegen ist. Als Nachfolger Husseins würde auch ein Mitglied der Bath-Partei akzeptiert. Auch in den Reparationsforderungen ist Teheran flexibler geworden. Der Iran hat Japan gebeten, sich bei andern Regierungen für eine unparteiischere Haltung einzusetzen. Der Irak widersetzt sich jedoch dem Abschluss von Einzelabkommen zur Einschränkung der Kampfhandlungen (Chemiewaffenverbot, Schiffs- und Städtebombardierungen), da solche Abkommen vom Iran missbraucht würden.

Israel: Japan ist gegenüber Israel weiterhin zurückhaltend. Ein offizieller Besuch in Israel komme nicht in Frage, da sich an der grundsätzlich pro-arabischen Haltung Japans nichts ändern wird. (AM Abe bricht im Frühsommer zu einer Reise nach Riadh, Amman, Damaskus und Algier auf).

5. Der Schweizerische Nationaltag an der Weltausstellung in Tsukuba (10. Mai)

Die schweizerische Präsenz in Tsukuba hat beim Publikum offensichtlich Anklang gefunden. Die Besucherzahlen in Pavillon und Restaurant haben die Erwartungen überstiegen. Das gewählte Thema "Wasser-Technologie" stiess auf Interesse; die Art und Weise seiner Darstellung erntete allseits Lob. Selbst die japanische Ausstellungsleitung vertritt die Ansicht, die Schweiz habe es besser als die meisten anderen Länder verstanden, dem generellen Thema der Ausstellung, "Wohnen und Umwelt: Wissenschaft und Technologie im Dienste des Menschen", in seiner ganzen Komplexität

gerecht zu werden. In diesem Sinne zollte auch der Staatsminister für Wissenschaft und Forschung, Takeuchi, anlässlich der Zusammenkunft mit Sts. Brunner dem Schweizer Pavillon grosse Anerkennung. Sts. Brunner wohnte dem Anlass als Vertreter der Schweizer Regierung bei und absolvierte ein bis in die letzte Minute mit japanischer Präzision festgelegtes Tagesprogramm. Die in historischen Uniformen auftretende Genfer Polizeimusik umrahmte den Anlass musikalisch.

VI. C H I N A

Gesprächspartner:

- 13.5. 15.00-15.50 : Wu Xeuqian, Staatsrat und Aussenminister
- 13.5. 09.00-11.00 : Zhou Nan, Vizeaussenminister, ("homologue" von Sts. Brunner)
- 13.5. 16.00-16.30 : Han Nianlong, Präsident des Instituts für Aussenpolitik des Chinesischen Volkes
- 14.5. 14.30-15.15 : Huan Xiang, Generaldirektor des Zentrums für Höhere Internationale Studien des Rates für staatliche Angelegenheiten
- 14.5. 08.30-09.00 : Jia Weiwen, Mitglied der Staatskommission für Wissenschaften und Technik (Nuklearfragen)
- 14.5. 16.30-17.15 : Tong Dalin, Vizepräsident der Staatskommission für die Reform des Wirtschaftsystems (im Aussenministerium)

1. Allgemein

In der entspannten, herzlichen Atmosphäre der Kontakte überraschten die ideologiefrei-pragmatische und selbstkritische Argumentation der Chinesen, ihr Denken in grossen Zeiträumen und eine im Bewusstsein der Grösse und weltpolitischen Bedeutung ihres Landes beruhende Bescheidenheit.

Das zentrale Anliegen der chinesischen Politik ist die Ueberwindung der Armut durch eine Wirtschaftsreform, die mit aller Entschlossenheit fortgesetzt werden soll und als langfristige Strategie festgelegt ist. Sie verlangt friedliche weltpolitische Rahmenbedingungen und die Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Oeffnung des Landes, "la Chine ne fermera plus sa porte".

Im Widerstand gegen die "Hegemonieansprüche" der beiden Supermächte bedingt die doppelte Abgrenzung sowohl gegenüber der Sowjetunion (in der Afghanistan- und Indochinafrage) als auch gegenüber den USA (Mittelamerika, Naher Osten, Südafrika) eine aussenpolitische Haltung, die weitgehend mit jener der Blockfreien übereinstimmt ("wir sind blockfreier als viele der Blockfreien") und sich gleichzeitig z.T. auch mit westlichen Positionen deckt ("wären wir in der UNO, würden wir in vielen Fragen gleich abstimmen", Sts. BRE). Gegenüber dem unvermindert anhaltenden Ost-West-Konflikt sucht China einen multipolaren Kräfteausgleich durch eine zu verstärkende Zusammenarbeit mit Westeuropa, die von allen Gesprächspartnern hervorgehoben worden ist.

2. Wirtschaftsreform

Die bisher in der Landwirtschaft sehr erfolgreiche Reformpolitik soll in den Städten und in der Industrie fortgesetzt werden. Mit Wachstumsraten von 7-8% soll die Produktion bis Ende des Jahrhunderts vervierfacht werden (dafür wären jedoch mathematisch über 9% Wachstum notwendig). Die negativen Folgen der Ueberschreitung bisheriger Wachstumsziele in gewissen Sektoren hat die Regierung zur Mässigung veranlasst, die jedoch nicht als eine Kursänderung missverstanden werden darf. Es liegt der Regierung sehr viel daran, das Vertrauen der ausländischen Partner in die auf langfristig angelegte wirtschaftspolitische Oeffnung zu stärken. Der Aussenhandel, der heute immer noch einen minimalen Anteil an der Gesamtproduktion des Landes hat, (das chinesische Importvolumen und damit der chinesische Markt ist bedeutend kleiner als das Importvolumen der Schweiz: 19 Mrd. Dollar gegenüber 29 Mrd. Dollar im Jahre 1983) soll bis zum Jahr 2000 ebenfalls vervierfacht und bezüglich der Handelspartner diversifiziert werden (verstärkte Zusammenarbeit mit Westeuropa). Als Partner sollen vermehrt ausländische Klein- und Mittelbetriebe motiviert werden. Die regionale Oeffnung (Spezialzonen) wird sukzessiv erweitert. Die Schwerpunkte der Investitionen sind Energie, Telekommunikation und Verkehr sowie die Modernisierung alter Industrien. Von der Zusammenarbeit mit dem Ausland erhofft sich China einen im Vergleich zu bisher viel grösseren Import von Technologie und Management-Know-how. - Schweizerische Geschäftsleute, die Sts. Brunner getroffen hat, haben sich sehr positiv über die wirtschaftlichen Aussichten in China geäußert.

3. Beziehungen zur Sowjetunion:

Für eine Normalisierung der Beziehungen müssten drei Bedingungen erfüllt werden: Abzug aus Afghanistan, Rückzug Vietnams aus Kambodscha und Truppenabbau an der chinesischen Grenze. Eine Verbesserung der Beziehungen verlangt sowjetische Zugeständnisse in mindestens einem dieser drei strittigen Punkte. Die Aussichten dafür sind trotz des beidseitigen Entspannungswillens klein, damit ist

auch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Schwesterparteien in nächster Zukunft sehr unwahrscheinlich. (Die chinesische Bezeichnung Gorbatschows als "Genossen" bei dessen Amtseinssetzung sei bedeutungslos).

In diesem Zusammenhang hat Zhou Nan hervorgehoben, dass weder die Ideologie noch das politische System die Basis für die Aussenbeziehungen eines Landes sein können. - Trotzdem entwickelt sich der Handel mit der Sowjetunion (auf Verrechnungsbasis) recht gut.

In Afghanistan sei "die Sowjetunion auf einen Tiger gesprungen und könne nicht mehr runter". Sie versuche, mit militärischen Mitteln ihre Position in diesem Land zu konsolidieren, um erst danach in Verhandlungen eine ihr genehme politische Lösung anzustreben.

4. Beziehungen zu den USA

Im allgemeinen Kontext wurden die Differenzen mit der Sowjetunion in einem Zug mit der Abgrenzung gegenüber den USA genannt, um den Eindruck zu vermeiden, Beijing stehe den USA näher als der Sowjetunion. Hervorgehoben wurde vielmehr die Unabhängigkeit Chinas gegenüber den Supermächten, ohne dass deren respektive Bedeutung für China miteinander verglichen worden wäre.

Im Juli steht die Gegenvisite zu Reagans Chinabesuch bevor. Die Beziehungen zu den USA werden in erster Linie durch die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan belastet. (Für das Taiwan-Problem sucht China eine Lösung auf der Basis des für Hong Kong realisierten Prinzips "ein Staat - zwei Systeme" und ist dabei zu grösseren Zugeständnissen bereit als im Falle der Kronkolonie).

5. Westeuropa

Der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit Westeuropa war das Leitmotiv der Ausführungen der chinesischen Gesprächspartner. Ein starkes und geeintes Europa soll - wie das unabhängige China - einen wichtigen Beitrag zum Weltfrieden leisten. Trotz der chinesischen Forderung nach einer Entmilitarisierung des Weltraums würde eine europäische Mitarbeit im SDI-Programm bzw. der Aufbau eines eigenen Systems (Eureka) begrüsst, damit den USA in diesem Bereich nicht das Feld überlassen bleibt. In diesem Zusammenhang wurde lobend auf die bisherigen Erfolge euroäischer Projekte (CERN, Airbus, ESA) hingewiesen. - Bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhofft sich China einen verstärkten Technologietransfer aus Westeuropa.

VII. D A S K A M P U T S C H E A - P R O B L E M
U N D S E I N E A U S W I R K U N G E N A U F
D I E R E G I O N

Die Lage in Kamputschea ist blockiert, Aussichten auf eine politische Lösung bestehen kaum. Lediglich in Jakarta werden gewisse Hoffnungen auf ein verstärktes Engagement der USA in Indochina gesetzt, während Beijing und Tokio hinter der unnachgiebigen Haltung Hanois das strategische Interesse Moskaus am Brückenkopf in Indochina für die sowjetische Präsenz in Südostasien sehen.

Japan unterstützt die ASEAN-Forderung nach einem bedingungslosen Rückzug Vietnams aus Kamputschea, führt jedoch - ohne grosse Hoffnungen auf eine absehbare Lösung - den Dialog mit Hanoi weiter. (Der Stellvertretende Aussenminister ASAO fährt noch im Juni nach Hanoi). Für Vietnam stelle sich die Frage, inwieweit am Vermächtnis Ho-Chi-Minhs einer grossvietnamesischen Föderation festgehalten werden kann oder ob über einen Rückzug aus Kamputschea die politische Isolation überwunden werden soll. Aufgrund der Entwicklung der Kampfhandlungen in den letzten Monaten ist es fraglich, ob es - wie bisher - den Einheiten der Koalitionsregierung gelingt, mit der einsetzenden Regenperiode ihre verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Nach Ansicht der ASEAN-Länder werde in der UNO die Frage des Vertretungsrechts der Koalition dieses Jahr erneut zur Diskussion gestellt. Es gibt Anzeichen, dass sich das Regime in Phnom Penh festigt und dass in der Bevölkerung die Erinnerungen an die Schreckensherrschaft von Pol Pot langsam von einem antivietnamesischen Nationalismus überlagert werden.

Für China werden die von Hanoi bekundeten Friedensabsichten durch die - seit dem Einmarsch von 1979 grössten - militärischen Operationen der Vietnamesen in Kamputschea widerlegt. Diese seien Bestandteil einer längerfristigen Strategie Hanois, die darauf abzielt, zuerst den kambodschanischen Widerstand vom Kontakt mit Thailand zu isolieren, um anschliessend die Roten Khmer militärisch ausschalten zu können. Gleichzeitig soll mit einer verstärkten vietnamesischen Besiedlung eine Assimilierung des Landes an Vietnam angestrebt werden, die in 5-10 Jahren eine politische Lösung auf der Basis eines Vietnam- und damit Moskaufreundlichen Regimes erlaubt.

Auch die Regierung in Jakarta hegt keine grossen Hoffnungen auf eine politische Lösung in absehbarer Zukunft, sieht jedoch eine gewisse Chance durch die Einschaltung der USA. Indonesien tritt als Gesprächspartner Hanois sowohl im Auftrag der ASEAN auf als auch auf Ersuchen Washingtons, sich in Hanoi um die Lösung des Problems der vermissten amerikanischen Soldaten und um die Befreiung eines festgehaltenen amerikanischen Bürgers einzusetzen. Die Vietnamesen befürchten eine sino-sowjetische Annäherung und hoffen, durch eine Normalisierung der Beziehungen mit Washington ihre Isolation, die ihnen auch von einem amerikanisch-chinesischen

Zusammengehen in der Indochinafrage droht, zu überwinden. Deshalb hat Vietnam sowohl über Indonesien als auch in öffentlichen Stellungnahmen sein Interesse an der Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA bekundet. Da die USA jedoch am Rückzug der vietnamesischen Truppen als eine der Bedingungen für die Normalisierung festhalten, dürfte die von Jakarta vermutete vietnamesische Konzessionsbereitschaft bezüglich der andern beiden Probleme (amerikanischer Häftling und vermisste Soldaten) keine Lösung bringen.

Der Sowjetunion ist es nicht gelungen, durch ihre militärischen Anstrengungen im asiatischen Raum, in dem sie ein Drittel bis zur Hälfte ihrer konventionellen Waffen konzentriert, ihren politischen Einfluss in dieser Region auszudehnen; Vietnam bleibt der einzige verlässliche Stützpunkt. In Afghanistan wie in Kambodscha versucht die UdSSR, mit militärischen Mitteln langfristig eine politische Lösung zu erzwingen, dadurch bleiben die beiden Länder Krisenherde sowohl des Ost-West-Konfliktes als auch für die Beziehung der Sowjetunion mit der Blockfreienbewegung.

Nach Ansicht der Gesprächspartner in Tokio wird auch durch die in den letzten Jahren zunehmende militärische Präsenz der Sowjetunion das militärische Gleichgewicht in der Region noch nicht gefährdet, es sei denn, Moskau baue seine Truppen- und Flottenstärke weiter aus, was sich hinsichtlich der unstabilen Lage auf den Philippinen gefährlich auswirken könnte. (Die Sowjetbasis in Camranh Bay, im Süden Vietnams, ist ca. 1400 Km von Manila entfernt). Die Zukunft der Philippinen hänge unmittelbar von der Gesundheit Marcos ab. Japan, die USA und der IMF sind zu weiteren Zugeständnissen bereit. Ein Eingreifen der Armee, die jedoch über keine politische Tradition verfügt, ist eine Alternative zu einer verfassungsmässigen Macht ablösung. Die militärische Macht der Aufständischen werde von den USA über-, von Marcos jedoch unterschätzt. Müssten die USA ihre Streitkräfte von der Insel zurückziehen, hätte dies eine bedeutende Schwächung ihrer militärischen Position zur Folge; den USA blieben dann nur noch Guam und Hawaii als wichtige Stützpunkte in der Region.

VIII. V O R G E B R A C H T E S C H W E I Z E R I S C H E A N L I E G E N

1. Zusatzprotokolle der Genfer Konventionen

In Jakarta wurde das von der DIO vorbereitete Aide-memoire überreicht, in dem um die Ratifizierung der Zusatzprotokolle durch Indonesien nachgesucht wurde. Da ein Beitritt Indonesiens in nächster Zukunft nicht zu erwarten ist, ging es lediglich darum, die Gelegenheit in Erinnerung zu rufen, ohne in der Diskussion darauf einzugehen.

In Japan wurde je ein Exemplar eines entsprechenden Aide-memoires sowohl Vizeausserminister Yanagiya als auch dem Generaldirektor des United Nations Bureau Yamada überreicht. Yamada erklärte, dass Japan angesichts der zunehmenden Zahl der beigetretenen Länder seine bisher skeptische Haltung überprüfe. Die nächstjährige Rotkreuzkonferenz biete eine Gelegenheit für einen Japanischen Beitritt; er versprach, sich dafür einzusetzen.

2. UNESCO

In Jakarta hat Sts. Brunner Nana Sutresna ein NON PAPER über die schweizerische Position in der UNESCO überreicht. Sutresna hat erklärt, dass Indonesien nicht die Absicht habe, sich aus der UNESCO zurückzuziehen, vielmehr werde z.Zt. erwogen, einen Sonderbeitrag an das belastete Budget der Organisation zu leisten.

Das gleiche NON PAPER wurde in Tokio sowohl Vizeausserminister Yanagiya als auch dem Generaldirektor des United Nations Bureau, Yamada, übergeben. Japan fordert drastische Reformen in der UNESCO, beabsichtigt aber gegenwärtig noch nicht, die Organisation zu verlassen. Wenn jedoch in den nächsten Monaten keine konkreten Resultate erreicht werden, wird Tokio die Austrittsfrage am Jahresende neu überprüfen. Yamada ist der Ansicht, dass die Entwicklungsländer zwar zu Reformen, jedoch nicht zu deren raschen Durchsetzung bereit sind. Die Meinungen über die Aussichten der Konferenz in Sofia gehen auseinander: Im Gegensatz zu Jugoslawien ist Frankreich eher zuversichtlich, da ein Misserfolg dem Ostblock angelastet werden könnte. (Dieser Meinung war auch Sts. Brunner).

Das NON PAPER wurde in Beijing Vizeausserminister Zhou Nan überreicht, ohne dass darüber diskutiert wurde.

3. Trustbanking in Japan

Sts. Brunner hat sowohl gegenüber Vizeausserminister Yanagiya als auch vor allem gegenüber Vizeminister Oba im Finanzministerium das grosse Interesse der Schweizerischen Behörden an den Trustbanking-Lizenzen (Berechtigung, im Anlagemarkt für die Pensionskassen tätig zu sein) zum Ausdruck gebracht. Zwei Schweizer Grossbanken (SKA und SBG) bewerben sich für zwei der acht ausgeschriebenen Lizenzen. Die Intervention hat den Zweck verfolgt, die Angelegenheit während der Entscheidungsphase auf hoher Ebene nochmals in Erinnerung zu rufen, ohne dass zu erwarten gewesen wäre, die Japaner würden zu diesem Zeitpunkt mit einer Stellungnahme ihren Entscheid präjudizieren.

4. Anliegen der ESA gegenüber Japan

Nach der Deregulierung bzw. Privatisierung des japanischen Kommunikationssektors haben sich drei private Konsortien gebildet, die amerikanische Fernmeldesatelliten betreiben wollen. Diese können mit ARIANE, mit SPACE SHUTTLE oder mit einer erst zu entwickelnden japanischen Tragerrakete in den Weltraum gebracht werden. Sts. Brunner hat sowohl Vizeausenminister Yanagiya als auch dem Staatsminister für Wissenschaft und Technik Takeuchi ein Aide-memoire zur Unterstützung des Angebots der ARIANE überreicht. Takeuchi hat erklärt, - "to be franc" - dass wenig Hoffnung für ARIANE bestehen. (Die schweizerische Intervention fiel zeitlich mit einem entsprechenden Schreiben von Fabius an Nakasone zusammen).

5. Uebergabe eines Vertragsentwurfs für die nukleare Zusammenarbeit mit China

Sts. Brunner hat Jia Weiwen, Mitglied der Staatskommission für Wissenschaften und Technik im Aussenministerium, den Vertragsentwurf für ein Abkommen über nukleare Zusammenarbeit überreicht. Jia Weiwen hat erklärt, dass China aufgrund genügender anderer Energiereserven (Oel, Wasserkraft und Kohle) erst anfangs der achtziger Jahre damit begonnen habe, die Nutzung der Nuklearenergie zu entwickeln. Bis Ende des Jahrhunderts sei geplant, eine Kapazität von lediglich 10 Mio. Kilowatt zu erreichen, um damit die Basis für den Ausbau im nächsten Jahrhundert zu schaffen. Seine Behörde werde der Botschaft die Vorschläge für das weitere Vorgehen mitteilen.

6. Anliegen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt

Sowohl gegenüber den Gesprächspartnern in Jakarta als auch in Seoul und Beijing hat Sts. Brunner auf die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den Luftfahrtsbehörden hingewiesen; in Beijing bot der Empfang, den die Swissair zum zehnjährigen Bestehen der Luftverkehrsverbindung gab, eine zusätzliche Möglichkeit, die gute bilaterale Zusammenarbeit zu erwähnen. In Tokio hat Sts. Brunner die schweizerischen Anliegen, über die zur gleichen Zeit wie Brunners Japanbesuch in Bern zwischen den Luftfahrtsbehörden verhandelt wurde, sowohl gegenüber dem Stellvertretenden Aussenminister ASAO als auch gegenüber dem Generaldirektor des European Affairs Bureau, NISHIYAMA, vorgebracht.

à	Gx	JH	PA					a/a
date	27.6.							WII
visa	C							VH
27 JUN 1985								12. Juni 1985
réf. 681.1 et BCL								

p.B.15.22.9 - GUL/mt

- An:
- Departementsvorsteher
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Generalsekretariat
 - Direktion für Völkerrecht
 - Politisches Sekretariat
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Information und Presse
 - Protokoll
 - Politische Sonderfragen
 - Bundesamt für Aussenwirtschaft, EVD
 - Bundesamt für Adjutantur, EMD
 - Bundesamt für Zivilluftfahrt, EVED
 - alle Schweizerischen Botschaften
 - (für Seoul 2 Ex. - 1 Ex. für die Schweizerische Delegation in Panmunjom)
 - Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel und New York
 - Schweizerisches Generalkonsulat in Hong Kong

* * *

ASIENREISE - Schlussbericht

In der Beilage erhalten Sie den Schlussbericht über meine Asienreise, die mich vom 27. April bis zum 16. Mai von Jakarta über Singapur, Seoul und Tokio nach Beijing und schliesslich noch für einige Stunden nach Hong Kong geführt hat. Der Bericht wurde von Tim Guldimann, Sachbearbeiter für Asien der Politischen Abteilung II, verfasst, der mich auf der ganzen Reise begleitet hat. An der Reise nach Japan und China hat ebenfalls Herr R. Schaller teilgenommen.

Ich benütze diesen Anlass, den Vertretungen in den besuchten Ländern und der schweizerischen Delegation in Panmunjon für die ausgezeichnete Vorbereitung und die zuvorkommende Betreuung, die den Erfolg der Reise weitgehend bestimmt haben, meinen besten Dank auszusprechen.

Ed. Brunner, Staatssekretär



Beilage erwähnt